

(10/2015)

Aktuelle Strategien und Kommentare Schweizer Banken (seit 1972)

17. Juli 2015

Die Lösung: Scheinbar für Griechenland, aber gegen den Euro „Wer essen will, soll den Koch nicht beleidigen!“

(Chinesisches Sprichwort)

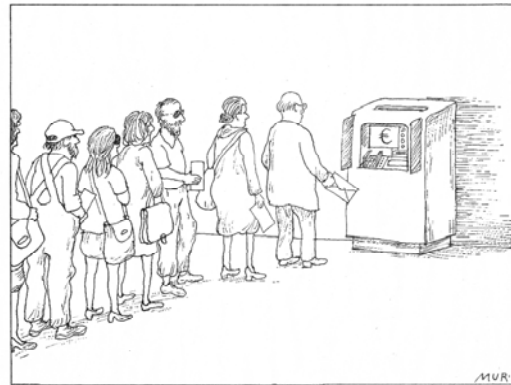
Aus dem Inhalt:

- Was will man eigentlich?
- Die Zukunft des Euro nach der Griechenland-Entscheidung
- Der „Grexit“ wäre die Chance gewesen
- Die Folgen für Ihre Vorsorge-Rücklagen

Sehr geehrter Herr Schultze,

Revolutions-Rhetorik prägt die Auseinandersetzung – und sie ist mit der Griechenland-Entscheidung nicht beendet. Die Wähler haben **vermeintlich für** den Euro und damit für ihre Ersparnisse gestimmt, indem sie (verführt von der „damaligen“ griechischen Regierung) „Nein“ (Oxi) zu weiteren Sparmaßnahmen gesagt haben. Sie waren verführt durch die juristisch völlig unsinnigen, aber wohl klingenden Schmalmaienklänge der griechischen Regierung, man könne demokratisch und damit juristisch wirksam darüber abstimmen, ob das geliehene Geld überhaupt zurückgezahlt werden soll. Und noch schlimmer: Man beauftragt durch eine Wahl **„demokratisch“** seine Regierung, einen **zusätzlichen** finanziellen Anspruch gegenüber den Kreditgebern geltend zu machen, auf den man aus **Solidaritätsgründen** Anspruch habe. Schlimmer geht es kaum.

Wenn dies Schule macht, wird man in Zukunft zuhause im Familienrat demokratisch darüber abstimmen, ob man seine Kreditschulden gegenüber der Bank zurückzahlt und im Gegenzug aus Solidarität weitere Bankhilfen einfordert. **Demokratie, Solidarität** und die **Menschenwürde** des Schuldners erforderten nach den Regeln der **Ethik** den **Schuldenerlass** und die **Gewährung weiterer Hilfen**. Diese Argumentation führte zum ganz klar nicht durchführbaren Wahlergebnis und wird uns – „Wetten, dass?“ – noch über Monate, wenn nicht gar Jahre zu vielen Gelegenheiten und bei zukünftigen Wahlen wieder begegnen. Die Nationalwahlen in **Portugal** und **Spanien** in diesem sowie in **Frankreich** im kommenden Jahr lassen diesbezüglich nichts Gutes erwarten. Wir stehen gerade wegen des verhinderten „Grexit“ am Anfang epochaler politischer Verwerfungen.



Griechenland an der Wahlurne

SZ-ZEICHNUNG: LUIS MURSCHEZ

Die Griechen sind aber in Sachen Staatspleite ganz gut in Übung. Die ersten gab es bereits in der **Antike** zu Zeiten von Platon, Aristoteles und Alexander dem Großen. In der **Moderne** war Griechenland bereits **fünfmal** zahlungsunfähig. Der erste Fall ereignete sich während des Unabhängigkeitskrieges zum Osmanischen Reich 1826. In den Jahren 1843, 1860, 1894 folgten dann weitere Pleiten und 1932 fiel Griechenland der großen Depression zum Opfer.

Sprechen Sie mit Ihrem persönlichen Betreuer:

Thorsten Schultze

ISF Institut Deutsch-Schweizer Finanzdienstleistungen

Rheinau 2, 56070 Koblenz

Telefon: (0261) 88 55-5 00, Telefax: (0261) 88 55-5 01

E-Mail: thorsten-schultze@isf-institut.de

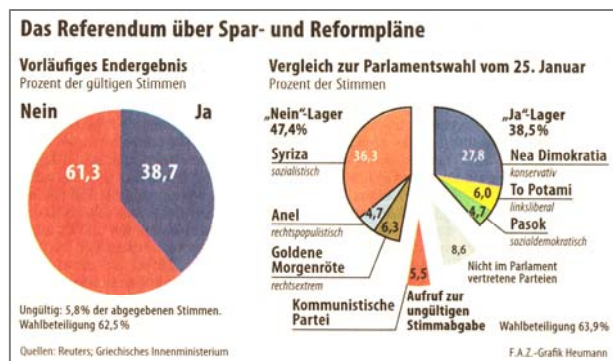


In der griechischen Historie gab es Ähnliches hinsichtlich des Ausgangs solcher Dramen: **Tsipras** kam an Schäuble vorbei – und **Odysseus** an Skylla und Charybdis. Die Geschichtenerzähler verschwiegen allerdings das damalige Ergebnis: Die Hälfte der Begleiter von Odysseus wurde gefressen, die andere Hälfte ertrank kurz darauf. Mal sehen, wie vielen Ministern aus dem Kabinett Tsipras als seine Begleiter diese Sache das politische Leben kostet.

Was will man in Griechenland eigentlich politisch? Nach den Wahlen im Januar d.J. spielte man dort seitens der Regierungspartei das sogenannte „Chicken-Game“. Immerhin war das Hauptfach des damaligen Finanzministers Varoufakis als Professor an namhaften Universitäten die „Spieltheorie“. Nach der Spieltheorie verliert beim „Chicken Game“ derjenige, der sich zuerst bewegt. Also bewegte sich niemand, bis quasi ganz kurz vor dem Griechenland-Crash. Das Opfer war politisch der griechische Finanzminister.

Daraufhin kam die politische Kehrtwende, denn spätestens im Europa-Parlament erkannte der griechische Premierminister Tsipras, dass er mit dem Wahlversprechen an das griechische Volk die EU-Realität unterschlagen hatte (ein „Nein“ und gleichzeitiger Verbleib im Euro stehen physikalisch wie Feuer und Wasser einander gegenüber). Bei diesem zweiten Teil des Spiels waren nun Bundeskanzlerin Merkel der „Good Guy“ und Finanzminister Schäuble der „Bad Guy“. Das gilt auch noch bei Diktat dieser Zeilen. Wir werden nun mehrere Parlaments-Entscheidungen (inklusive in Griechenland) sehen, die **ohne Regierungsmehrheit** trotzdem ein kräftiges Votum **für** eine Zustimmung zum sehr **teuren, neuen Hilfspaket** erbringen werden. Ein absolutes politisches Novum in der Geschichte.

Das Ziel ist die Erhaltung der Eurozone um jeden Preis, siehe die gebetsmühlenartige Wiederholung des „Good Guy“ in Form von Frau Bundeskanzlerin Merkel: „**Fällt der Euro, so fällt Europa**“ (Weil nicht sein kann, was nicht sein darf). Die Politiker müssten bei einer Kehrtwende für die Vergangenheit zu viele vergeblich ausgegebenen Milliarden auf ihre eigenen politischen Schultern nehmen, um die falsche Richtung schon **vor Jahren** einzugestehen. Der Euro muss bleiben, koste es, was es wolle. Also wird das Ergebnis in der Zukunft das Aufkommen weiterer Krisen ähnlicher Art sein, und zwar so lange die Euro-Zone in dieser Form verbleibt. Der Unterschied: Jede Folgekrise macht die Kehrtwende zu einer Verkleinerung der Euro-Zone noch teurer – ohne Ausstieg einzelner Länder aus der Euro-Zone wird der Euro nicht überleben. **Die Kehrtwende will politisch aber niemand wagen**. Deshalb: Verschiebung auf die Zukunft. Der Euro wurde einst politisch als **Friedensengel** für Europa eingeführt und wird auf diese Art (leider) mehr und mehr zum politischen **Spaltpilz**. Was ist, wenn das griechische Schicksal demnächst größere Länder trifft? Das politische Ziel vieler Politiker und insbesondere der **Europäischen Kommission** und auch des **Europäischen Parlamentes** und auch großer **Schuldnerländer**, wie Frankreich und Italien heißt trotzdem: **Erhaltung der Euro-Zone!**



Impressum/Angabenvorbehalt

Herausgeber: ISF Institut Deutsch-Schweizer Finanzdienstleistungen GmbH, Eysseneckstraße 31, 60322 Frankfurt am Main, Finanzdienstleistungsinstitut gemäß § 1, Abs. 1a Kreditwesengesetz (KWG), lizenziert gem. § 32 KWG. Redaktion: Klaus Hennig (inhaltlich Verantwortlicher gem. § 55 II RStV), Postfach 18 02 27, 60083 Frankfurt am Main, Telefon: (0 69) 15 30 06 11, Telefax: (0 69) 15 30 06 10. Dies ist eine allgemeine Presse- und Werbe-Information und stellt keine Finanzanalyse gemäß § 34 WpHG bzw. Beratung oder persönliche Empfehlung dar. Eine Anlageentscheidung kann allenfalls nach einem persönlichen Gespräch und auf Basis der allgemeinen, die jeweilige Anlage betreffenden Produkt-, Prospekt- und/oder Emissionsunterlagen erfolgen. Kein Vermittler oder Angestellter von ISF ist – egal aus welchen Gründen – berechtigt, Gelder oder Wertpapiere anzunehmen. Alle Informationen wurden mit größter Sorgfalt und nach bestem Wissen zusammengestellt, dennoch kann für den Inhalt keine Haftung übernommen werden – auch kann dieser möglicherweise durch firmenmäßige Interessenskonflikte beeinflusst werden. Alle einschlägigen Verkaufsprospekte, Verkaufs-Exposés, Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Bank sowie die Anlagerichtlinien zusammen mit dem Beratungsprotokoll einen gegebenen Empfehlung etc. können eine vollständige, persönliche Entscheidungsgrundlage für eine Kapitalanlage sein. Die betreffenden Unterlagen sind bei Ihrem regional zuständigen ISF-Betreuer abrufbar. Alle Informationen sind dem ständigen Wechsel unterworfen und somit unverbindliche Empfehlungen. Soweit Kurse genannt sind, entsprechen diese den letzten verfügbaren Informationen, sofern nicht ein bestimmtes Datum genannt ist. Alle Angaben – auch die Kurse – sind ohne Gewähr. Die in dieser Ausgabe enthaltenen Meinungen entsprechen der Auffassung der Redaktion am Tage der Drucklegung. Diese Auffassung kann sich nach bekannt werden neuer Tatsachen ändern. Der Inhalt ist für den persönlichen Gebrauch des Empfängers bestimmt. Nachdruck nur mit Quellenangabe. 01/15

Damit ist klar, dass man alles versucht, um den „Grexit“ seitens der Euroländer zu vermeiden, denn die politische Alternative eines wirtschaftlich vernünftigen Ausstiegs aus der Euro-Zone sieht man als nicht dem Bürger verkaufbar an – es wäre eine Kehrtwende um 180 Grad.

Die politische Griechen-Seite hat volkswirtschaftlich mit dem Referendum und dem „Nein“ der Teufel geritten. Das war ein Wahlversprechen an die griechische Bevölkerung nach „Poker-Art“ mit professoraler, wissenschaftlicher – aber extrem links gefärbter – Untermauerung des ehemaligen griechischen Finanzministers Yanis Varoufakis. Er kannte die schon genannten Ziele der Euro-Partner (Euro-Raum um „jeden Preis“ zusammenhalten) und meinte wirklich, sein Ziel erreichen zu können. Und vielleicht hätte er es sogar geschafft, wenn er sich einer mehr bittenden, anstatt aggressiven Rhetorik bedient hätte. Denn in der Tat: Die Mehrheit wollte keinen „Grexit“.

Tatsächlich fehlte seitens der EU weiterhin ein überzeugender Plan zur **Herstellung der Wettbewerbsfähigkeit** Griechenlands – sparen **allein** bringt in der Tat **nichts**. Das wird gleichermaßen für die anstehenden Nationalwahlen in Portugal und Spanien noch in diesem Jahr Thema sein. **Niemand kann auf Dauer mehr ausgeben, als er einnimmt**. Der Plan muss sein, die Ausgaben im Zaum zu halten, aber vor allen Dingen **die Einnahmen nachhaltig zu steigern**. Dies ist erstaunlich selten bzw. gar nicht das offizielle Thema. Die Einnahmensteigerung müsste **das Hauptthema** sein.

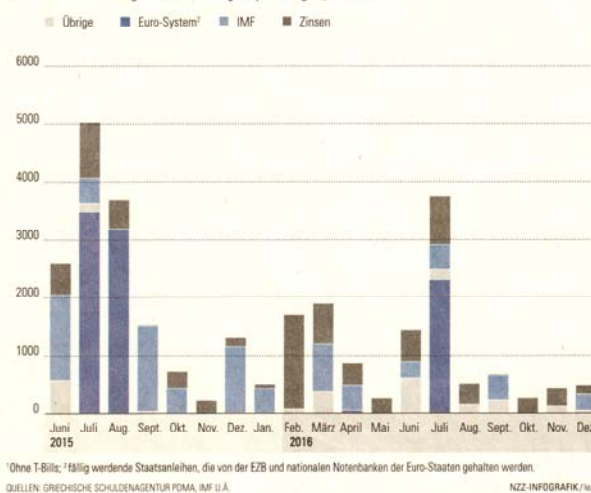
FAZ vom 7. Juli 2015

Seid ihr noch zu retten?



Athen vor grossem Mittelbedarf im Juli und August

Griechische Rückzahlungs- und Zinszahlungsverpflichtungen¹, in Mio. €



Die Zukunft des Euro nach der Griechenland-Entscheidung

Inzwischen ist leider (!) eine **drohende Insolvenz einiger griechischer Banken** für jeden Anleger mit Händen zu greifen. Riesige Summen wurden von den Banken abgezogen, das Eigenkapital ist verloren – sie sollen wieder öffnen, aber wie? **Wir werden in den nächsten Tagen eine Menge darüber hören**. Klar ist, dass die **Einlagensicherungsfonds** nur **einen Bruchteil** von den bei Banken befindlichen Sparmitteln ausmachen und die Einlagen schon durch die vielen Abzüge massiv vermindert wurden. Es waren vor eineinhalb Wochen noch rund **EUR 124 Mrd. griechische Einlagen** bei Banken mit Beträgen von bis zu EUR 100.000,- pro Kunde. Nur sie sind vom Einlagensicherungsfonds **gesetzlich** geschützt, aber nur durch ganze **EUR 3 Mrd. gedeckt!** Und dies, nachdem schon riesengroße Sparbeträge bei den Banken abgehoben wurden. **Die Zweifelhafteigkeit von Einlagensicherungsfonds könnte kaum deutlicher aufgezeigt werden**. Die kommende **Europäische Bankenunion** lässt damit auch **deutsche** Einlagensysteme und deren Kunden automatisch **anteilig mithaften**. Wir verweisen auf das aktuelle Home-Seminar:

www.isf-home-seminar.de

Endzeit für deutsche Einlagensicherung
– bedenkliche Aussichten und was das für Sie bedeutet –

Möchten Sie diese und auch die Folgeausgaben von

Finanzplatz Schweiz Intern@

Ihren Freunde, Bekannten oder Verwandten zugänglich machen?

Hier können diese sich kostenlos - ohne jedes Obligo - in unseren Verteiler eintragen:

<http://www.thorsten-schultze.isf-institut.de/fsi.php>

Die Banken-Situation der Griechen wird in Deutschland allgemein (noch) angesehen als das Problem „**Anderer**“. Der Domino-Effekt im Hintergrund ist äußerst gefährlich und kann schnell von einzelnen Banken auf das gesamte System überspringen. Nur ein Beispiel: Alleine die **italienische Krisenbank Banca Monte dei Paschi di Siena** ist mit mehr als **EUR 200 Mrd.** gegenüber staatlichen und privaten Schuldnern in den **PIIGS-Staaten** (Portugal, Irland, Italien, Griechenland, Spanien) investiert. Es ist eine Krisenbank, die ihrerseits **eng vernetzt ist**. Die **Unicredit** (Mutterbank der HypoVereinsbank in Deutschland) hat gemäß der Auflistung sogar **private und staatliche Außenstände gegenüber den PIIGS-Staaten** von mehr als **EUR 382 Mrd.** Die große **Banco Santander** hat ebenfalls über **EUR 400 Mrd.** an Krediten und Guthaben ausstehend. **Summen, die jedes Vorstellungsvermögen übertreffen.** Warum wir noch nichts davon hören? Weil man dies weiß und in der Regel versucht, solche Probleme über ein Wochenende in den Griff zu bekommen.

Was aber bedeutet das?

Die Antwort für die Zukunft ist relativ einfach und einleuchtend – und das weiß auch die Politik: Der Euro muss als Handelswährung im Außenverhältnis **schwächer** werden, damit der **Wettbewerb durch Waren-Verbilligung** gegenüber Dritt-Ländern für die Euro-Südländer erleichtert wird. **Maßgeblich** sind hierfür die wirtschaftlich schwächsten Länder im Euroraum. Das sind derzeit im Euro-Bereich **Griechenland** und **Italien**. Man steuert die Euro-Schwäche politisch seitens der Notenbank über **Währungs-Interventionen** und möglichst **niedrige Attraktivität von Zinsanlagen**. Das bedeutet langfristig **niedrige Zinsen** – praktisch auf ewig, solange das Euro-System so bleibt. Schlecht für Pensionäre, Rentner etc., die auf den Zinseszins-Effekt für die Zukunft bauen. Die niedrigen Zinsen sind auch dringend erforderlich, um für zahlreiche **Euro-Staaten** die **Staats-Schulden bezahlbar** zu halten. Alleine deshalb interveniert derzeit die Europäische Zentralbank mit rund **EUR 60 Mrd.** an Anleihekäufen **monatlich** im Euroraum.

Die fiskalischen Interessen (insbesondere der südlichen **Euro-Staaten**) sind zum Überleben natürlich zugleich auf **höhere Steuereinnahmen** ausgerichtet, was mangels Wachstums **dringend eine Erhöhung der Inflation** erfordert. Wenn keine oder zu niedrige Einnahmen da sind, nutzen auch niedrige Zinsen nichts. Also bemüht sich die Europäische Zentralbank intensiv um eine **Erhöhung der Inflationsrate**. Nur wenn Waren teurer werden, kann der Staat (neben eventuellem derzeit zu geringem Wachstum) ein Mehr an Steuern infolge steigender Preise als Einnahme erwirtschaften. Extrem **niedrige Zinsen** (das ist schlecht für die herkömmliche Altersvorsorge) und **höhere Inflation** (das ist sogar katastrophal für die herkömmliche Altersvorsorge) mit zugleich stärker ansteigenden Konsumentenpreisen sind aber das größtmöglich vorstellbare Übel für **Geldwert-Rücklagen**. Und dennoch – auch wenn es politisch immer wieder heruntergespielt wird – **nur über diesen wirtschaftlichen Weg ist der Euro in der jetzigen Eurozone langfristig** politisch zu halten, da die schwächeren Euro-Mitglieder generell (solange sie Mitglied der Euro-Zone sind) – nach Willen der Politik gestützt werden müssen. Das hat schwerwiegende Langfrist-Konsequenzen für Jeden mit **langfristigen Geldwert-Rücklagen**. Ein **weicher Euro** ist für alle der unausweichliche **Preis** für den **Zusammenhalt** des Euro-Raums.

Der „Grexit“ wäre die Chance gewesen

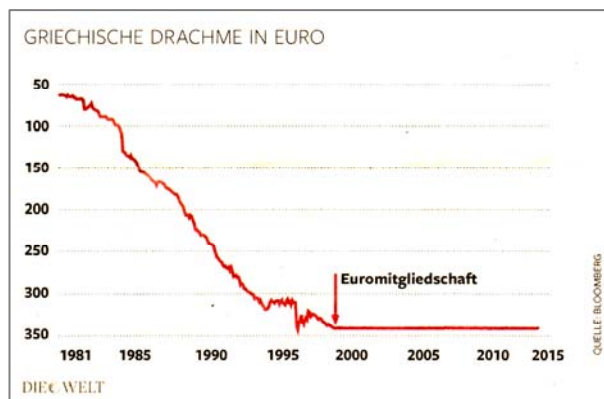
„Der Staatshaushalt muss ausgeglichen sein. Die öffentlichen Schulden müssen verringert werden. Die Arroganz der Behörden muss gemäßigt und kontrolliert werden. Die Zahlungen an ausländische Regierungen müssen reduziert werden, wenn der Staat nicht bankrottgehen will...“

Cicero, 106 – 43 v.Chr.

Wie Sie wissen, plädieren wir „schon immer“ für den Austritt nicht wettbewerbsfähiger Länder. Diese führen wieder ihre eigene Währung ein und können auf diese Weise abwerten. Natürlich können sie in der EU bleiben, aber sie erhalten dadurch wieder Wettbewerbsfähigkeit. Alleine das könnte den Euro aus der Rolle der weiterhin vorprogrammierten Schwachwährung wieder auf den Pfad einer sich langsam aufwertenden Währung machen.

Und so geht ein „Grexit“ vereinfacht: Man führt z.B. eine **neue Drachme** ein und stellt alle **in Griechenland** existierenden Preise, Guthaben, Forderungen etc. 1 : 1 um (**1 Euro = 1 neue Drachme**), als Inlands-Übergang. Jeder sieht seine **alten** Zahlen mit einer **neuen** Währung. Alle sind zufrieden! Im **Außenverhältnis** sind jedoch **ein Euro zwei** neue Drachmen. Das entspräche dann einer Abwertung von 50%. Und glauben Sie, die griechische Wirtschaft käme wieder in Schwung, denn Griechen kauften wieder im **Inland** und die Touristen kämen wegen günstiger Preise in Scharen.

Das jetzige Drama begann, als der Euro eingeführt wurde und die griechische Drachme aufgrund dieser Tatsache **nicht mehr abgewertet werden konnte**. Ähnliche Situationen hatten wir ehemals mit der **italienischen Lira**, der **spanischen Pesete** und auch beim **portugiesischen Escudo**. Der neben stehende Chart zeigt es überdeutlich. **15 Jahre ohne Währungsventil** einer Abwertung – aber gleiche **fiskalische, politische Kultur** wie vorher können nicht zusammengehen. Das **Ventil der Abwertung**, das Griechenland (und anderen Euro-Südländern) bis zum Euro-Beitritt immer **Entlastung** (Verbilligung) gebracht hat, ist mit einer einheitlichen Währung in Form des Euro **verstopft**.



Manche sagen, das Land werde großen Schaden nehmen, weil es dann seine Kredite nicht mehr zurückzahlen kann. **Das ist aber falsch**. Natürlich gibt es eine Übergangszeit, aber der Tourismus würde boomen, das Land würde wieder Geld verdienen und es ginge aufwärts. Und bei den Schulden sieht die Sache ebenfalls relativ einfach aus (andere Länder, wie zuletzt Argentinien, Ukraine etc., machen es vor), denn ein insolventer Staat existiert im Gegensatz zu Unternehmen weiter.

Das Auslandskapital käme bei einem „Grexit“ zurück und würde in Griechenland investieren. Die Schulden wären kein griechisches, sondern „unser“ Problem. Stellen Sie sich vor, Sie schulden Ihrer kleinen Sparkasse **EUR 10.000,-**, dann haben **Sie ein Problem**. Und nun überlegen Sie einmal, wie die Situation aussieht, wenn Sie der gleichen kleinen Sparkasse **EUR 100 Mio.** schulden, dann hat die **Sparkasse ein Problem**. Was wird die Sparkasse also tun? Sie wird nett zu Ihnen sein, um Ratenzahlung bitten etc. Klar ist dazu ein **riesiger Schuldenschnitt** und damit ein Verzicht auf große Teile der Schuldentrückzahlung nötig, um überhaupt noch etwas zu erhalten. Griechenland könnte sich auf diese Weise über **höhere Einnahmen** und einen „automatischen“ **Schuldenschnitt** selbst sanieren. Das gilt für andere Euro-Südländer genauso.

Es wird früher oder später eine solche Lösung geben. Aber wie oben bereits erwähnt: Die Politik und hier vorweg auch die deutsche Regierung bzw. deren Vertreter müssten dann konstatieren, warum sie die Notbremse nicht schon früher gezogen haben. Um dies nicht eingestehen zu müssen, wird weiterhin nach gleichem Muster „rettend“ verfahren, bis es beim nächsten Mal noch mehr kostet – und irgendwann gar nicht mehr bezahlbar ist. Es ist keine Frage des „Ob“, sondern nur des „Wann“ und der Zeitpunkt ist nah. Die nächsten zwei Jahre werden diesbezüglich besonders kritisch. **Es fehlt eine staatliche Insolvenzordnung**. Über den abnehmenden Wert des Euro wird jeder mit bezahlen, egal, ob reich oder arm!

Die Folgen für Ihre Vorsorge-Rücklagen

Klar ist, die **Europäische Zentralbank** muss mit immer **mehr** Geld retten, was die Politik mit ihren eigenen Zielen **nicht** vollbringen kann oder sogar will. Die Notenpresse hat hier eine entscheidende Rettungs-Aufgabe zu Lasten der Euro-Werthaltigkeit – ein Zurück gibt es nicht mehr. Nach dem jetzt zu schnürenden und faktisch schon beschlossenen dritten Kreditpaket für Griechenland werden **weitere Euro-Kreditvergaben** – nicht nur für Griechenland – folgen **müssen**. Die **Alternative** ist der „Exit“ aus dem Euro-Raum. So einfach ist die Antwort. Weil das aber nicht so sein darf, ist verdeckte und offene Staatsfinanzierung ein **Muss** durch die EZB – obwohl rechtlich **verboten**. Dies muss von den obersten Gerichten durch juristische Winkelzüge abgesegnet werden, da ansonsten **unabsehbare politische und wirtschaftliche Konsequenzen** entstehen. Der Europäische Gerichtshof lässt grüßen, er hat es gerade vorgemacht, das deutsche Bundesverfassungsgericht wird folgen.

www.isf-home-seminar.de

Kann man anschauen. Geht ins Ohr. Bleibt im Kopf.*

*frei nach einer bekannten Radio-Werbung

Dazu: Während ein Euro-Rettungsgipfel den nächsten jagt, bleibt alles andere liegen. Die Krise in der **Ukraine**, der Konflikt in **Russland**, das weitere Vordringen des **Islamischen Staates (IS)**, die steigenden

Spannungen im **südchinesischen Meer** – alle diese geopolitischen Dinge müssen warten. **Der Anleger aber sollte nicht warten**.

Das dringende Ziel – aus der Sicht von neutralem Schweizer Bankier-Knowhow – muss es sein, die geldseitigen **Euro-Rücklagen** vor **währungsmäßigen Imponderabilien**, wie sie für immer mehr Menschen sichtbar werden, zu schützen.

Das heißt in Kürze: **Weg vom enteignungsgefährdeten Konten-Sparen**, hin zu einem **gegen einen Banken-Kollaps gesicherten ausgedienten Wertpapierdepot**, das niemals in eine Bankinsolvenz fallen kann. Und beim Inhalt des Wertpapierdepots auf langfristige **Sachwertsicherung** im Hintergrund achten und gegebenenfalls **zugleich auf automatisch wertsichernden Kontrollmechanismus**. Ihr ISF-Berater informiert Sie gerne!

Einige Beispiele zum Nachfragen:

Die **ISF-Control-Strategien** (insbesondere auch in Schweizer Franken!) mit **Kurssicherung** nach unten und **wertbeständiger programmierter Aufwertung** in Zeiten des **Aufschwungs**. Da insbesondere deutsche Unternehmen schwerpunktmäßig von dem **weiterhin schwachen Euro** profitieren (Kurs demnächst **unter US-Dollar 1,- pro Euro!**), empfehlen wir insbesondere:

„**ISF-DaxControl-Strategie**“ als **Wachstums-Instrument**, aber auch die anderen Portfolios mit gegebenenfalls **völliger Steuerfreiheit während der Anlagezeit**. Sie sind im Hinblick auf den daraus entstehenden **Zinseszins-Effekt** hochinteressante **Alternativen** mit **hohem Absicherungs-Charakter** und sehr guter Chance. Wir billigen übrigens dem DAX in **diesem Jahr** als Zielzone noch immer **13.000 Indexpunkte** zu – wie schon Anfang des Jahres bei einem Indexstand von **unter 10.000 prognostiziert**. Bei Diktat sind es nur noch ca. **13% bis dorthin**. Ganz erheblich höhere Stände sind aufgrund der Situation bis **Ende 2017** vorprogrammiert (unsere Prognose ca. **16.000** Indexpunkte). Also: **Depots** in dieser Form **absichern** – und jetzt die schönste Zeit des Jahres im Urlaub ohne Sorgen genießen.



Fragen Sie aber auch nach dem erfolgreichen **„Wiener Grundbesitz-Darlehen plus“** (feste Anlage über 8 bis 10 Jahre) mit sehr wahrscheinlicher, nachweislich erreichbarer Rendite von **ca. 7% bis 9% p.a.**, steuerfrei während der Anlagezeit. Das heißt ca. Verdoppelung der Anlage in 8 bis 10 Jahren.



Für **„Zinsjäger“** ist die sachwertbesicherte **„5,00 % Wiener GZ Immobilien Anleihe“** ein **Schnäppchen**. Längere Laufzeit, aber **jährlich** kündbar, bereits erstmals zum **31.01.2018** mit **halbjährlicher** Ausschüttung und Immobilienabsicherung.

Für **wachstumsorientierte** Anleger empfehlen wir **„Private-Equity Swiss“** – unser **Klassiker** seit 1999 mit **zweimaliger jährlicher Ausschüttung** und einer zurzeit **ca. 8%-igen jährlichen Dividende**.

Kurzum: **Schwimmen Sie sich frei vom derzeitigen Euro-Dilemma** für Ihre langfristige Rücklagenbildung. Sprechen Sie mit uns, Ihr ISF-Berater informiert

Sie gerne näher. Unsere Home-Seminare (www.isf-home-seminar.de) informieren Sie über eine Reihe von Themen vorweg. Und wenn Sie Fragen haben, können Sie auch gerne einmal anrufen und/oder uns eine Mail oder ein Fax senden.

Mit besten Grüßen

Ihr

Klaus Hennig
Finanzplatz Schweiz
Intern@Redaktion

Wussten wir es doch:

